

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die Wahlen zum westdeutschen Bundestag

haben in ihren Ergebnissen ganz allgemein einen befriedigenden Eindruck hinterlassen. So ist die Stellung der beiden bisherigen Mehrheitsparteien, der Christlich-Demokraten und der Sozialdemokraten, im wesentlichen gewahrt geblieben und damit der grundsätzlich demokratische Kurs Westdeutschlands bestätigt worden, der, ungeachtet aller Kritik an der Politik der Besatzungsmächte, die endgültige Abkehr von der nationalsozialistischen Vergangenheit als wegleitend in sich schließt. Damit erscheint die Kontinuität der westdeutschen Politik unter der Kontrolle der drei Besatzungsmächte in diesem wenn auch negativen, so doch sehr wesentlichen Sinne vorerst gesichert, und das will immerhin etwas heißen. Damit haben sich gleichzeitig die Befürchtungen als vorerst nicht begründet erwiesen, welche nach Maßgabe der beträchtlichen Zahl der Flüchtlinge und der sonstigen materiell und politisch Deposedierten ein starkes Anwachsen des Extremismus in Rechnung stellten. Glücklicherweise ist diese Entwicklung nicht eingetreten. Im Gegenteil ist als besonders erfreulich ein beträchtlicher Rückgang der kommunistischen Stimmen festzuhalten, ein Ergebnis, das sich unschwer auf die Entwicklung der Verhältnisse in der Ostzone Deutschlands zurückführen lässt. Anderseits ist auch der extremen Rechtsbewegung ein weitergehender Erfolg versagt geblieben, und ihre Position scheint vorerst auf die Partei des Alfred Loritz in Bayern und auf die «Deutsche Rechtspartei» in der britischen Zone beschränkt. Allein es wäre doch voreilig, wollte man aus dieser Feststellung — trotz der eindeutigen Ablehnung des Nationalsozialismus durch die Mehrheitsparteien — etwa auf ein Absterben der nationalsozialistischen Empfindungsbestände im Volke oder gar des Nationalismus schließen. Eine solche Schlußnahme erschiene deswegen falsch, weil einerseits die Rechtspartei nur in der britischen Zone zugelassen, in den beiden andern aber unterdrückt war, so daß die betreffenden Stimmen, wenn sie sich überhaupt geltend machen wollten, den Christlich-Demokraten zukommen mußten, welche anderseits, wie übrigens auch die Sozialdemokraten, mit der Werbekraft ihrer Propaganda dem nationalistischen Empfinden tatsächlich maximal entgegengekommen sind. So ist also bei diesen Wahlen weder über das Problem des Nationalismus noch über den Nationalsozialismus irgend eine Entscheidung gefallen, vielmehr hängt alles weitere hier davon ab, inwieweit es gelingt, Westdeutschland gelegentlich auch in dieser Beziehung endlich zu normalisieren und in die große Gemeinschaft des Westens einzugliedern. Immerhin ist die politische Stabilität dieses großen deutschen Gebietes vorerst gesichert und als ganz besonders erfreulich möchten wir die Tatsache festhalten, daß sich innerhalb der bisherigen Mehrheit eine Entwicklung vollzogen hat, welche eine deutliche

Stärkung der liberalen Elemente

und so die Möglichkeit ergibt, die Sozialdemokratie aus der Koalition auszuscheiden und damit am bisherigen Kurs der «sozialen Marktwirtschaft» festzuhalten. Es ist zu hoffen, daß diese Möglichkeit auch realisiert wird, womit sich im wesentlichen zusammenfassend das Bild einer gut demokratischen Mehrheitskoalition und einer gut demokratischen Opposition ergäbe, — also, wie gesagt, ein befriedigendes Resultat.

Der Generalsekretär der

Vereinigten Nationen,

Trygve Lie, hat kürzlich seinen vierten Jahresbericht der Öffentlichkeit übergeben. Der Bericht umfaßt die Zeit vom 1. Juli 1948 bis zum 30. Juni 1949. Sein Inhalt bedeutet eine ebenso klare wie realpolitisch empfundene Analyse der Entwicklung in diesem Jahre, welche auch dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt wird, daß der Verfasser naturgemäß die Verdienste seiner Organisation angelegentlich ins Licht rücken will. Mit Recht stellt der Berichterstatter fest, daß die Befriedung der Welt im Berichtsjahre Fortschritte gemacht habe, wenn es auch nicht an Krisen und Aufregungen fehle.

«Die sich widersprechenden Interessen im Zusammenhang mit dem ideologischen Konflikt sind weiterhin nachdrücklich betont worden, als ob sie das einzige Problem unserer Zeit wären. Gleichzeitig haben die Großmächte ihre Bemühungen zur Stärkung ihrer gegenseitigen Positionen fortgesetzt, bevor die Lage durch den Abschluß der Friedensverträge der Stabilisierung nahe gebracht wird».

Die Kriegsfurcht habe abgenommen, so sagt der Bericht weiter. Die Überwindung des toten Punktes im Berliner Konflikt bezeichnet er als einen besonders wichtigen Faktor und mit Recht hebt er hervor, daß die Vereinigten Nationen an diesem Ergebnis ihren Anteil gehabt hätten. Außerdem wird festgestellt, daß die Vereinigten Nationen durch ihre Aktionen die Verhinderung und Beendigung von Kriegen ermöglicht hätten, welche 500 Millionen Menschen betrafen, nämlich in Palästina, in Kaschmir und in Indonesien. Hier seien ihre Bemühungen erfolgreich gewesen trotz der Einstimmigkeitsklausel für das Verfahren im Sicherheitsrat und ungetacht des Umstandes, daß sie in einer Periode kritischer Spannungen zwischen den Großmächten unternommen worden seien. Damit hätten die Vereinigten Nationen bewiesen, daß von ihnen ein machtvoller schlichtender und vermittelnder Impuls ausgehe. Nach der Ansicht des Generalsekretärs sei in der Vergangenheit ein zu starker Akzent auf die Zwangsfunktion des Sicherheitsrates gelegt worden, während, so meint er, das Hauptmittel zur Erhaltung des Friedens das Verfahren zur friedlichen Beilegung von Konflikten sei, denn dieses sei das einzige, welches der Sicherheitsrat den Großmächten gegenüber anwenden könne, während eine neue Zwangsaktion diesen gegenüber keine Polizeiaktion mehr, sondern ein neuer Weltkrieg wäre. Nach der Auffassung des Generalsekretärs könnten zwei Tendenzen geeignet sein, daß man mit der Zeit die gegenwärtigen Ost-West-Probleme ruhiger als bis anhin betrachte, nämlich das

Aufsteigen asiatischer und afrikanischer Völker zur Unabhängigkeit

und die *Menschenrechtsbewegung*. Beide würden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weit bedeutsamere Ereignisse zur Folge haben als es die gegenwärtigen ideologischen Konflikte wären. Seit der Gründung der Vereinigten Nationen hätten Indien, Pakistan, Burma und Ceylon ihre Unabhängigkeit erreicht. Die Volksrepublik der äußeren Mongolei, Ceylon, Nepal und Korea sind um die Aufnahme in die Vereinigten Nationen eingekommen. Bald würden dies Indonesien, Libyen und Somalia ebenfalls tun. Damit deutet der Generalsekretär auf eine Entwicklung hin, deren machtvolle Grundlage für die Zukunft manchmal allzuleicht übersehen wird. Wer weiß, ob sie nicht den weiteren Lauf dieses Jahrhunderts wesentlich mitbestimmt? Auf alle Fälle läßt der Bericht des Generalsekretärs eine Verbindung von idealistischem Empfinden und klarer realpolitischer Erkenntnis spüren, die keineswegs alltäglich und darum bemerkenswert ist.

Jann v. Sprecher

Brief aus Washington

Obwohl die Bizonie das Ergebnis der vereinten Bemühungen der beiden angelsächsischen Völker,

das deutsche Problem

zu lösen, darstellt, bleiben einige grundsätzliche Unterschiede in der Einstellung der Briten und Amerikaner gegenüber dem besieгten Reich bestehen. Wenn man bedenkt, daß Großbritannien eine sozialistische Regierung hat, während die Vereinigten Staaten die größte Festung der Privatwirtschaft sind, ist es doch beachtenswert, daß so viel Einigkeit erlangt worden ist.

In der Frage der deutschen Industriedemontagen zeigt sich eine gewisse Verschiedenheit der Auffassungen. Die Briten setzen ihr Liquidierungsprogramm eines Teiles der deutschen Industrie fort, und die Amerikaner lesen mit Interesse von den Schwierigkeiten, welche die deutsche Bevölkerung der Durchführung des Planes unseres Verbündeten bereitet. Im Anfangsstadium der Besetzung waren die Vereinigten Staaten ebenfalls mit einem ziemlich umfassenden Demontierungsprogramm beschäftigt. Als sich dann aber die Beziehungen zwischen den westlichen Verbündeten und Rußland verschlechterten, erachtete es General Clay als angebracht, die Demontierungen zu verlangsamen, weil er die Einstellung der Reparationslieferungen als Waffe im kalten Krieg verwenden wollte.

Dieses ganze Problem ist, wie so viele andere, unlösbar verknüpft mit dem kalten Krieg. Lebenswichtige Fragen, welche die Wirtschaft ganz Europas betreffen, stehen auf dem Spiel, aber das Verhältnis zu Rußland scheint der beherrschende Faktor gewesen zu sein. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien sind völlig eins in ihrem Entschluß, Deutschland als ein friedliches, demokratisches Glied der europäischen Gemeinschaft wieder einzusetzen; es bestehen allerdings gewisse Meinungsverschiedenheiten darüber, welches die besten Mittel zur Erreichung dieses Ziels seien. In erster Linie bedingt die sozialistische Natur der britischen Regierung natürlich eine abweichende grundsätzliche Einstellung. Von Anfang an haben sich die Briten bemüht, im neuen Reich eine weitere Ausdehnung des Sozialismus

zu erreichen als den amerikanischen Behörden wünschenswert schien. Da die Vereinigten Staaten einen größeren Teil der Besetzungskosten auf sich nehmen, hat sich ihr weniger radikaler Standpunkt in den meisten Fällen durchgesetzt. Zweitens neigen die Briten dazu, die Wirkungen eines wiederhergestellten Reiches auf ihre eigene Wirtschaft stark in Betracht zu ziehen — sie denken an ihre Märkte auf dem Kontinent und anderswo —, während die Vereinigten Staaten ihr Hauptaugenmerk darauf richten, sich so bald wie möglich die finanziellen Lasten der Besetzung zu erleichtern; das aber setzt nicht nur ein wirtschaftlich gesundes Deutschland, sondern ein ebensolches Europa voraus.

Wie hier schon früher berichtet wurde, beobachten viele Amerikaner Deutschland weiterhin mit vorsichtiger Skepsis. Berichte über das Wiederaufleben des Nationalismus und das Weiterglühen des nationalsozialistischen Feuers erwecken wenig Sympathie für jene, die sich gegen die Strenge der alliierten Deutschlandpolitik wenden, wie zum Beispiel gegen die Demontierung verschiedener Fabriken. Und doch ist man sich hier der Tatsache bewußt, daß etwas Besseres als eine bloß negative Politik dringend notwendig ist. Natürlich ist es sehr einfach, wenn man auf dieser Seite des Atlantischen Ozeans lebt, darüber zu predigen, was auf dem Kontinent geschehen sollte; doch ist der Glaube hier weit verbreitet, daß

die Vereinigten Staaten von Europa

oder etwas ähnliches das richtige wäre, und man ist ein wenig ungeduldig über die scheinbare Langsamkeit, mit der man sich in Europa diesem Heilmittel zuwendet.

Die verschiedenen Faktoren, die in der gegenwärtigen Lage wirksam sind, können etwa folgendermaßen gruppiert werden:

A. Einerseits müssen folgende Ziele erreicht werden:

1. Hebung der deutschen Wirtschaft bis zu dem Punkte, der eine Erleichterung der Besetzungslasten gestattet.
2. Neue Anreize zur wirtschaftlichen Genesung Europas durch Belebung der deutschen Produktion und Förderung Deutschlands als Verbraucher.
3. Entwicklung des deutschen Reiches zum Bollwerk des westlichen Gedankengutes gegen einen möglichen Angriff aus dem Osten.

B. Anderseits verlangt die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten:

1. daß der Militarismus und der Nationalsozialismus in Deutschland völlig ausgerottet werden,
2. daß Deutschlands Genesung weder jetzt noch möglicherweise in der Zukunft auf Kosten seiner Nachbarn fortschreite.

Die gegenwärtige Lage scheint uns ein Problem der Kontrolle aufzugeben; und wie könnte diese Kontrolle besser ausgeübt werden als durch ein wirklich geistes Europe? Ein europäischer Bund bietet die Hoffnung auf eine Lösung wirtschaftlicher Probleme und gleichzeitig die Sicherheit, daß ideologische Ziele nicht unbemerkt fallen gelassen werden. Das scheint der logisch richtige Weg zu einer Lösung der Hauptprobleme Deutschlands und Europas zu sein, auf jeden Fall weit eher als das zusammenhanglose Vorgehen bei den Demontierungen oder Mr. Bevins übellaunige Ausfälle und Bemerkungen über die «bedingungslose Kapitulation», die übrigens in den Vereinigten Staaten wirklich sehr übel aufgenommen wurden. Die Vereinigten Staaten können dieser Idee eines europäischen Bundes Vorschub leisten, aber sie können und wollen nicht versuchen, ihren Freunden auf dem Kontinent irgend etwas aufzuzwingen. Die neueste Geschichte hat uns das sehr deutlich gezeigt.

Neulich wurde im Senat der Versuch unternommen, 50 Millionen Dollar als Hilfeleistung für

Spanien

abzuzweigen als Teil einer größeren Hilfeleistung an Europa. Das hat wiederum die peinliche Frage der Beziehungen der Vereinigten Staaten zu diesem Lande aufgeworfen. Fast seit dem Zeitpunkt, als die Vereinigten Staaten in Übereinstimmung mit anderen Mitgliedern der UNO ihre diplomatische Vertretung in Madrid praktisch bis zum Nichtbestehen reduzierten, hat es scharfe Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob dieses Vorgehen klug sei.

Die Entwicklung des kalten Krieges und später die Unterzeichnung des Atlantikpaktes rückten die mögliche strategische Bedeutung der iberischen Halbinsel in den Vordergrund, und viele von denen, welche die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten scharf kritisieren, tun es mit der Begründung, daß diese Politik sich selbst eine Niederlage bereite, daß sie dem Lande die Dienste eines vielleicht wichtigen Verbündeten versage. Einige, die dieses Argument verwenden, geben die wahre Natur des Francoregimes zu, die für die meisten Amerikaner höchst abstoßend ist. Aber sie sagen sich, daß die Vereinigten Staaten in Übereinstimmung mit Großbritannien versuchen, möglichst viel aus Titos Abfall von Moskau herauszuholen; wenn wir also nur wenig Skrupeln mit Bezug auf Jugoslawien zeigen, weshalb sollen wir dann nicht ähnlich großzügig und praktisch hinsichtlich Spaniens sein?

Die Gültigkeit der Argumente, die sich auf Spaniens strategischen Wert gründen, ist anfechtbar, besonders unter den gegenwärtigen Umständen. Man gibt gewöhnlich als Gründe an, daß Spanien durch die Pyrenäen geschützt sei gegen jeden Vormarsch quer durch Europa, daß die iberische Halbinsel sehr wichtig sei als Marinestützpunkt, besonders für Unterseeboote, daß Spanien strategisch günstig gelegen sei mit Bezug auf die Meerenge von Gibraltar, daß dort Möglichkeiten für Flugzeugstützpunkte vorhanden seien, und schließlich, daß Francos Legionen eine zusätzliche Mannschaftsreserve böten. Diese Argumente scheinen eine Summe von militärisch wertvollen Aspekten zu enthalten, sind aber aus verschiedenen Gründen doch in Frage zu stellen. *Erstens* (und das scheint der wichtigste Punkt zu sein) muß man sich fragen:

Ist Franco zuverlässig?

Was man bis heute von ihm weiß, deutet eher auf das Gegenteil hin. Während des zweiten Weltkrieges spielte er beide Extreme gegen die Mitte aus. Seine Ziele dürfen kaum als im Einklang mit denen der Atlantikpaktmächte bezeichnet werden, obwohl er sich augenblicklich heftig antirussisch gebärdet. Wäre er ein verlässlicher Verbündeter? Es gibt viele Gründe, die uns in dieser Hinsicht mit Zweifel erfüllen.

Zweitens wäre es notwendig, das Francoregime mit sehr viel Geld, Maschinen und Waffen zu unterstützen, wenn man Spanien zu einem möglichen Verbündeten von wirklicher Bedeutung machen wollte. Da aber auch dem Ausmaß der Hilfeleistung der Vereinigten Staaten Grenzen gesetzt sind, würde der Einschluß Spaniens notwendigerweise eine Herabsetzung der Hilfeleistung an die andern, zuverlässigeren und demokratischen Mitglieder der atlantischen Gemeinschaft mit sich bringen.

Drittens kann man bei der Untersuchung der rein strategischen Faktoren folgende Argumente anführen:

1. Flugfelder und Marinestützpunkte in Nordwestafrika sind ungefähr gleich wertvoll wie solche auf der iberischen Halbinsel.
2. Die Pyrenäen sind zwar ein Hindernis für Landtruppen, aber im modernen Krieg bedeutet das lange nicht mehr so viel wie einst.

3. Im Falle eines Krieges würden die Westmächte ihre Vergeltungsmaßnahmen in der Form von Atombombenangriffen aus der Luft durch amerikanische Streitkräfte, verbunden mit wenigstens einem Versuch, sich auf dem Boden Westeuropas zu halten, einleiten. Wir sind noch weit davon entfernt, die Vorbereitungen für diese ersten Kampfhandlungen zum Abschluß zu bringen, und es wäre vielleicht klug, die Aufmerksamkeit zunächst auf die Verteidigungsstärke Frankreichs, Großbritanniens und der Niederlande zu richten, bevor man sich den Fragen zuwendet, welche die letzten Möglichkeiten der Verteidigung betreffen.

So könnte also die Aufnahme Spaniens als Vollmitglied des Atlantikpaktes eine teure Geste werden, könnte sogar die Lasten der Westunion vergrößern, statt sie zu erleichtern.

Natürlich steht noch mehr auf dem Spiele als rein militärische Überlegungen. Nachdem die Vereinigten Nationen Schritte gegen Franco unternommen haben, wäre die Umkehr dieser Politik ein schwieriges diplomatisches Manöver. Die streng gegen Franco eingestellte britische Arbeiterregierung wäre in einer besonders peinlichen Lage, und man kann deshalb bestimmt erwarten, daß sie weiterhin jeder Änderung dieser Politik Opposition machen wird. Wenn man Franco die Freundeshand hinstrecken würde, lieferte man jenen Kräften eine starke Propagandawaffe in die Hand, die jede Gelegenheit beim Schopf packen, um über die Anstrengungen der Vereinigten Staaten um die Weiterentwicklung und das Wachstum der demokratischen Ideen zu spotten.

Dieses Problem hat aber auch

eine religiöse Seite.

Die amerikanischen Katholiken würden vielleicht eine Annäherung an Spanien gerne sehen. Verschiedene katholischen Laien haben zu diesem Schritt gedrängt, aber die amerikanischen Protestanten, welche die antiprotestantische Aktivität in Spanien kennen, würden wahrscheinlich heftig protestieren.

Ein baldiger Wechsel in der gegenwärtigen Lage scheint nicht wahrscheinlich. Man gibt zwar zu, daß der jetzige Zustand unbefriedigend ist, und die Vereinigten Staaten würden vielleicht eine andere Politik befolgen, wenn sie nochmals von vorne anfangen könnten. Aber angesichts der gegenwärtigen Lage ist es sehr wahrscheinlich, daß die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien noch einige Zeit bleiben werden wie sie jetzt sind. Schließlich allerdings muß einmal die Änderung eintreten. Obwohl Spanien nur noch ein Schatten seines früheren Selbst ist, ist es trotzdem ein wichtiger Teil Europas; keine Lösung der europäischen Probleme auf weite Sicht darf diese Tatsache übergehen. Auch seine Stellung als

Mutterland Lateinamerikas

erhöht seine Wichtigkeit und kann die Vereinigten Staaten veranlassen, zu einer Verständigung zu gelangen. Ob das durch irgend ein Manöver Francos möglich wird (seine Konzessionen sind bis anhin zwar mager und unbefriedigend gewesen), oder ob die Zeit es fertig bringen wird, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Man darf jedoch mit Sicherheit festhalten, daß die meisten Amerikaner Wohlwollen und Mitgefühl hegen für das schlecht behandelte spanische Volk, und das wird im Laufe der Zeit zu einer befriedigenden Erledigung des Problems führen.

Richard J. Davis

Brief aus Österreich

Man schreibt uns aus Wien:

Der heurige Sommer in Österreich war kurz und unruhig. Der reichlich fallende Regen, die folgende vehemente Hitzewelle, nicht zuletzt aber die vor der Türe stehenden Wahlen brachten ein reichliches Maß von Abwechslung in die um diese Zeit so träge Atmosphäre der Hauptstadt.

Nur langsam beginnt sich das Dunkel über die künftige

Entwicklung der innerpolitischen Situation

zu lichten. Nach den Engländern haben sich nun auch die Russen zur Zulassung aller wahlwerbenden Parteien entschlossen, während die Amerikaner mehr abwartend, die Franzosen aber eigentlich ablehnend dem stillschweigenden Einzug der neuen politischen Stars zusehen. Eine solche Entwicklung wäre noch vor einem halben Jahr unmöglich gewesen; wenn aber die Besatzungsmächte nun doch nachzugeben scheinen, so sicherlich nicht ohne über die wahre Stimmung in Österreich genau im Bilde zu sein. Interessant ist vor allem die geänderte Stellungnahme der Sowjets, die früher zwar für die Zulassung der linksgerichteten Parteien waren, die rechten Gruppen jedoch auf keinen Fall tolerieren wollten. Wenn jetzt Moskau sogar die Wahlwerbung der Unabhängigen in Ostösterreich zuläßt, so hat dies seinen Grund nicht etwa in einem Kurswechsel der Kraus-Gruppe, sondern in der Überzeugung der Russen, es seien sowohl die OVP als auch der VdU für eine Ostpolitik nicht zu gebrauchen; allerdings müsse zuerst die Volkspartei geschlagen und dann — wenn es notwendig sein sollte — der VdU als «nazistisch» verboten werden. So dürfen die Unabhängigen ihre Versammlungen auch in der Ostzone abhalten. Man kann da allerdings doch einen gewissen Unterschied zur Volkspartei feststellen: während diese nämlich wahrscheinlich auch einem Beitritt Österreichs zum Atlantikpakt zu stimmen würde, hat der Verband der Unabhängigen erklärt, er sei zwar für den Marshallplan, nicht aber für den Atlantikpakt — wobei man in Klammer hinzusetzen kann: nicht in seiner *jetzigen* Form, ein Vorbehalt, der übrigens auch von deutschfreundlichen Kreisen in Amerika gemacht worden ist.

Eine böse Enttäuschung hat man mit dem

Staatsvertrag

erlebt, den der Außenminister schon auf sein Konto geschrieben hatte und der über Gebühr bejubelt wurde — obwohl sich nachher herausstellte, daß die Pariser Übereinkunft der Großmächte für Österreich alles andere denn besonders günstig war.

Die dann einsetzenden Verhandlungen der stellvertretenden Außenminister in London haben ein neues Feilschen um einzelne Objekte gebracht, wobei bezüglich des sogenannten «deutschen Eigentums» die Entscheidung dem Außenministerrat überlassen werden mußte. Über das Vermögen der «Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft» konnte eine Einigung erzielt werden, wodurch den Russen 36 der von ihnen verlangten 37 Schiffe sowie eine Werft in der Nähe von Wien zufallen. Schließlich haben gerade in der für Österreich wichtigen Frage der Bezahlung von 150 Millionen Dollar an die Sowjetunion die Engländer den Vorschlag gemacht, die Raten sollten zu 6,25 Mill. Dollar vierteljährlich erfolgen — so wie das die Sowjets ursprünglich verlangt hatten. Eine interessante Stellungnahme ergab sich auch hinsichtlich der freien Ausfuhr der russischen Profite aus Österreich, wobei der sowjetische Delegierte zuerst Nettoprofite (also Beträge nach Abzug der österreichischen Abgaben,

Steuern usw.) meinte, schließlich aber dieses Zugeständnis wieder rückgängig machte. Auch die russischen Befreiungs- und Heldendenkmäler, die in fast jedem Ort der Ostzone schon in den ersten Monaten nach der Okkupation durch die Sowjets errichtet wurden, sollen fortan einen ausdrücklichen Schutz genießen, obwohl die Österreicher diese Denkmäler als Symbol ihrer Erniedrigung und Unfreiheit ansehen.

Die Auswirkungen des dritten Lohn-Preis-Abkommens

lassen sich jetzt nach drei Monaten bereits einigermaßen überblicken. Summarisch gesehen sind sie alles andere als günstig. Die Differenz zwischen Löhnen und Preisen hat sich — nach einer Statistik des Wirtschaftsinstitutes — erneut um 8 % zu Ungunsten der Löhne verschoben und beträgt jetzt 22 %. Die weiter reduzierte Kaufkraft hatte zur Folge, daß sich nur geringfügige Preiserhöhungen durchsetzen konnten, daß aber bei minderwertigen Gütern infolge der sinkenden Weltmarktpreise ein Preisrückgang zu erwarten ist. Schwer enttäuscht hat in diesem Jahr der *Fremdenverkehr* — besonders in Westösterreich, da sich die wenigsten Wiener die hohen Bahnkosten leisten können. Auch der Export hat einen argen Rückschlag um fast 29 Mill. \$ erlitten. Der Rückgang des Außenhandels bedeutet aber, daß Österreich sich vom Ausgleich seiner Zahlungsbilanz noch weiter weg entfernt hat. Das österreichische Ausfuhrvolumen erreichte Anfang dieses Jahres erst 68 % von 1937, zur Sicherung der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Landes wäre also eine Steigerung um rund 30 % notwendig gewesen — ein Ziel, das also in weiter Ferne liegt.

Im Juli hat die Regierung

die erste Anleihe der Republik

seit 1945 aufgelegt und überall leuchten Plakate von den Wänden, die zur Zeichnung unter günstigen Bedingungen auffordern. Trotzdem scheinen die bisherigen Ergebnisse nicht besonders gut zu sein; erst dieser Tage hat der Bürgermeister von Wien einen sehr eindringlichen Appell an die Bevölkerung der Hauptstadt richten müssen, um sie zur Zeichnung der Aufbauanleihe zu veranlassen. Man ersieht daraus — wie übrigens auch an anderen Symptomen —, wie sehr das Vertrauen des Volkes seit den verschiedenen Währungsmanipulationen der letzten Jahre in eine Kapitalsanlage geschwunden ist — ganz abgesehen davon, daß der Großteil der Bevölkerung auch bei gutem Willen nicht imstande wäre, von seinem Lohn etwas in Wertpapieren anzulegen.

Die Türkei und Sowjetrußland

Die amerikanische Zeitschrift *«Foreign Affairs»* veröffentlichte eine Übersicht der Entwicklung, welche die *Politik der Sowjetunion gegenüber der Türkei* seit dem Ende des ersten Weltkrieges genommen hat. Diese Übersicht verdient deshalb besonderes Interesse, weil sie *aus der Feder des türkischen Außenministers, Necmeddin Sadak*, stammt¹⁾. Aus der Darlegung geht hervor, daß sich die russische Außenpolitik seit den Zeiten des Zarismus nicht geändert hat, daß sie vielmehr unverrückbar festhält an ihrem historischen Ziele: den Dardanellen. Diesem Ziele

¹⁾ Mecmeddin Sadak: Turkey faces the Soviets. *Foreign Affairs*, New York, April 1949.

aber hat die Türkei zu allen Zeiten Widerstand entgegengesetzt, zuletzt noch im Jahre 1945, trotzdem sie sich damals in der Isolierung befand.

Die türkische Außenpolitik trägt ausgesprochen *antiimperialistischen Charakter*; sie ist das historische Ergebnis zweier wichtiger Elemente. Mit dem Zusammenbruch des ottomanischen Reiches gab die neugeschaffene Republik ihre alten Träume auf, verzichtete auf territoriale Ansprüche und beschränkte ihre Landesgrenzen gemäß den nationalen Grenzen. Das zweite Element, das der türkischen Außenpolitik ihren Charakter gab, war der *Unabhängigkeitskampf des Landes*, als die Siegermächte des ersten Weltkrieges der Türkei trotz ihrer freiwilligen territorialen Opfer den Vertrag von Sèvres aufzuzwingen suchten, der Anatolien und Istanbul auseinanderriss, und die griechische Armee, von der englischen Regierung unterstützt, in Anatolien landete und bis in die Außenbezirke von Ankara gelangte. Damals war es Mustapha Kemal, der eine nationale Armee bildete und den Unabhängigkeitskampf begann, aus dem die neue, souveräne Türkei entstand, welche im *Vertrag von Lausanne im Jahre 1923* ihre Anerkennung fand.

Der erste diplomatische Akt *Kemal Ataturks* gegenüber dem neuen, bolschewistischen Rußland, welches das Gespenst des moskowitischen Imperialismus ausgetilgt zu haben schien, war die Unterzeichnung des *Vertrages vom März 1921*, in dem sich beide Länder ihre Solidarität «im Kampf gegen den Imperialismus» bestätigten und in dem zugleich die noch heute gültigen Grenzen zwischen der Türkei und der Sowjetunion festgelegt wurden. Die sowjetisch-türkische Freundschaft schien weiter zu gedeihen, als im Jahre 1925 in Paris ein *Neutralitäts- und Nichtangriffspakt* zwischen den beiden Ländern unterzeichnet wurde. In diesem Sinne blieb die Lage vorerst stabil, bis sich bald nach 1935, infolge der Veränderung der weltpolitischen Kräfte, eine Wandlung abzeichnete, die auf der *Dardanellenkonferenz von Montreux* zum Ausdruck kam. Immerhin wurden die russischen Ansprüche in der Meerengenfrage zurückgewiesen, nachdem sie auf den traditionellen Widerstand der englischen Politik gestoßen waren.

Als die Türkei im Frühjahr 1939 angesichts des befürchteten Kriegsausbruchs Verhandlungen mit den Westmächten aufnahm, informierte sie, eingedenk ihrer Freundschaftspolitik, sogleich die Sowjetunion, indem sie ihr ein ähnliches Beistandsabkommen vorschlug, wie sie es mit Großbritannien und Frankreich plante. Die offiziellen Gespräche hierüber begannen im September 1939 in Moskau — also nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten —, mußten aber ergebnislos beendet werden, als die Sowjetunion Ausnahmeklauseln wegen ihres inzwischen mit Deutschland eingegangenen Nichtangriffspakts verlangte und ferner forderte, daß die Türkei ein Protokoll unterzeichne, durch welches die Konvention von Montreux im Sinne der klassischen russischen Auffassung abgeändert würde, wonach die Meerengen für die Flotten der Nichtanliegerstaaten des Schwarzen Meeres zu schließen seien. Drei Tage später wurde das französisch-britisches Beistandsabkommen unterzeichnet (Oktober 1939).

Nach den auch für Rußland unerwarteten Anfangserfolgen der Deutschen im ersten Kriegsjahr versuchte Stalin auf dem Wege über den britischen Botschafter in Moskau erneut eine russisch-türkische Annäherung, wobei indessen klar zum Ausdruck kam, daß er vor allem die Teilnahme der Schwarzmeermächte an der Kontrolle der Dardanellen verlangte. Zu gleicher Zeit aber führte Rußland *geheime Verhandlungen mit Deutschland* um die Meerengen, wie der türkische Außenminister auf Grund der vom amerikanischen Staatsdepartement veröffentlichten Dokumente berichtet. Hier wird besonders ein Gespräch zwischen Molotow, Hitler und Ribbentrop vom 12. und 13. November 1940 erwähnt. Molotow legte dabei seine Auffassung der sowjetischen Osteuropapolitik dar, während von deutscher Seite betont wurde, man wolle den Russen in Osteuropa und in der Dardanellenfrage freie Hand lassen. Darüber hinaus scheint von deutscher Seite sogar aktive Hilfe zur Verwirk-

lichung der sowjetischen Absichten versprochen worden zu sein; es begannen darauf in Moskau Verhandlungen zwischen den Achsenmächten und der Sowjetunion mit dem Ziel einer Neuordnung in Europa, Asien und Afrika. Als aber im Frühjahr 1941 Bulgarien den Achsenmächten angegliedert und von deutschen Truppen besetzt wurde, änderte sich das Bild: nun beeilte sich die Sowjetunion, der Türkei in einer offiziellen Erklärung ihre Loyalität zu versichern und an den Neutralitäts- und Nichtangriffspakt vom Jahre 1925 zu erinnern. Die Türkei ihrerseits veröffentlichte eine gleichlautende Note, obwohl sie wenige Wochen vorher von Hitler über den Inhalt der Gespräche mit Molotow vom November 1940 unterrichtet worden war. So lag die Situation der beiden Länder, als die Deutschen im Juni 1941 zum Angriff auf die Sowjetunion übergingen. Nun erinnerte man sich in Moskau daran, daß die Konvention von Montreux der Türkei die Möglichkeit gab, die Sicherheit Rußlands im Schwarzen Meer zu gewährleisten: am 10. August 1941 überreichte die Sowjetunion der Regierung von Ankara eine Note, in der sie die volle Anerkennung der Konvention von Montreux zum Ausdruck brachte.

Als aber im Frühjahr 1945 der Krieg gegen Deutschland siegreich beendet war, schritt die Sowjetunion zur *Kündigung des Neutralitäts- und Nichtangriffspakts vom Jahre 1925*, mit der Begründung, der Pakt entspreche der veränderten Lage nicht mehr. Allein die Türkei war auch jetzt noch entschlossen, die gutnachbarlichen Beziehungen zur Sowjetunion aufrechtzuerhalten, bzw. zu erneuern; so ließ sie in Moskau sondieren, unter welchen Bedingungen die Russen zu einer neuen Vereinbarung bereit wären. Hiezu stellte nun Molotow in einer Besprechung vom 7. Juni 1945 zwei Forderungen: nämlich eine *Berichtigung der russisch-türkischen Grenzen*, wie sie im Abkommen vom März 1921 festgelegt waren, und außerdem die Gewährung von *Stützpunkten auf den Dardanellen* zu Gunsten der Sowjetunion, letzteres mit der Begründung, daß die Türkei nicht stark genug sei, die Sicherheit der Meerengen zu garantieren. *Die türkische Regierung wies diese Bedingungen strikte zurück.*

«Wir hoffen immer noch», so erklärt der türkische Minister, «daß ein besseres Verständnis auf der Seite unseres großen Nachbarn die Herstellung erfreulicher Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ermöglichen wird». Und er fährt fort: «Die Vereinigten Staaten haben die türkische Politik verstanden; diese ehrliche und feste Politik ist es, welche dem Land die Freundschaft der Vereinigten Staaten gewonnen hat, die sich ihrerseits in moralischer und materieller Unterstützung ausdrückt. Die *Trumandoktrin* ließ das türkische Volk fühlen, daß es nicht länger isoliert ist».

Frieden und Sicherheit könnten nicht abhängig gemacht werden von Rüstung und Mobilisation, so bemerkt der türkische Außenminister abschließend, vor allem nicht für die Länder, die nicht über die nötigen Reichtümer verfügten. Er schlägt ein *defensives Sicherheitssystem* vor, das von den europäischen Ländern und «dem mächtigen Friedensidealisten USA» gebildet werden soll, bis die «Vereinten Nationen» fähig sind, eine derartige Aufgabe zu übernehmen. Der Nordatlantikpakt scheint das erste Ergebnis dieser Erkenntnis zu sein. Die jüngste Vergangenheit der Türkei ihrerseits bietet, in dieser authentischen Interpretation, ein treffendes Beispiel für die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der friedliebenden Mächte.

Alfred Schüler

Die Notrechtsvorlage des Bundesrates

Wer das parlamentarische Marken und opportunistische Lavieren des Nationalrates in der Frage der Bundesfinanzreform verfolgte, rechnete kaum noch damit, daß im Laufe dieses Jahres eine Volksabstimmung über eine definitive Finanzreform zustande kommen könnte. Angesichts der Differenzen wurde es vielmehr bald zur Gewißheit, daß auch im günstigsten Falle ein *zeitlicher Notstand* eintreten wird, zu dem noch ein mehr oder weniger umfassender *materieller Notstand* hinzukommen dürfte. Trotzdem war man allgemein der Auffassung, daß das Einigungsverfahren des Parlamentes durch keine bundesrätlichen Interventionen gestört werden sollte. Selbst der Bundesrat schien diese Meinung zu teilen, gab er doch am 17. Mai 1949 der Öffentlichkeit bekannt, er werde sich zu einer Übergangsordnung der Finanzreform erst äußern, wenn feststehe, daß das Differenzbereinigungsverfahren *ergebnislos* verlaufen sei.

Dieser Entscheid veranlaßte damals die Sozialisten und bürgerlichen Zentralisten, die Auffassung von Nationalrat Meierhans zu übernehmen, die er im «*Volksrecht*» Nr. 78 wie folgt umschrieb:

«Die sogenannte *definitive* Vorlage, wie sie der Ständerat hin- und herschieben möchte, muß *samt der ganz aussichtslosen Einigungskonferenz* schon im Juni zu Fall gebracht werden».

Wenn nun, ohne irgendwelche parlamentarische Konsultationen, am 22. Juli der Bundesrat trotzdem mit einem Vorschlag auf eine Übergangsordnung die Öffentlichkeit überraschte, so entspricht dies im gewissen Sinne dem Wunsche der Linkspolitiker, jede definitive Finanzreform zu torpedieren, muß doch damit gerechnet werden, daß das Einigungsverfahren durch die bundesrätliche Intervention gestört und in der Septembersession im Vordergrunde des parlamentarischen Interesses irgendeine *provisorische Lösung* stehen wird. Das aber kann und darf niemals

Zweck der Übergangsordnung

sein. Sie hat vielmehr lediglich die unbedingt notwendigen Einnahmen des Bundes bis zur parlamentarischen Einigung auf eine definitive verfassungsmäßige Vorlage sicherzustellen, mit andern Worten, den zeitlichen, eventuell auch materiellen Notstand zu überbrücken. Berücksichtigt man für die weitere Entwicklung die vielen Kommissionsberatungen, das umfangreiche Dokumentationsmaterial, die verschiedenen von privater Seite in Diskussion geworfenen Lösungsvorschläge und die zahlmäßigen Prüfungsmöglichkeiten, dann muß man es als durchaus zumutbare Forderung betrachten, wenn die Ansetzung einer *Volksabstimmung im Verlaufe des nächsten Jahres* verlangt wird.

Sollten sich die Räte in dieser Zeit nicht einigen können, dann verbessert auch eine weitere zeitliche Verschiebung des Entscheides die Chancen der Einigung nicht. In diesem Falle wäre es wünschbar, am gleichen Abstimmungstage sowohl die *nationalrätliche als auch die ständerätliche Lösung* der Volksabstimmung zu unterstellen. Wir sind uns bewußt, daß beide Kammern einem solchen Vorgehen vorerst zustimmen müßten und wissen, daß gewisse Parteien im Nationalrate gegen diese Forderung auftreten würden, da sie kein Interesse an einer definitiven Finanzreform haben. Als letzte Möglichkeit bliebe dementsprechend noch eine Abstimmung über das *Prinzip der direkten Bundessteuer*. Es ist nicht anzunehmen, daß die Linke auch in diesem Falle gegen die Anrufung des Souveräns auftreten würde, da sonst schließlich das eigene Parteivolk die Manöver durchschauen müßte.

Was immer vor das Volk käme: eine definitive Finanzreform, zwei verschiedene Lösungsmöglichkeiten zur Auswahl oder eine prinzipielle Abstimmung — stets benötigte die Vorbereitung höchstens *ein Jahr*. Wenn aber der Bundesrat *neue Vollmachten für fünf Jahre* verlangt, so ist der Grundgedanke der Übergangsordnung nicht mehr der Überbrückung bis zur legislativen Erledigung des Problems, sondern ein Versuch, ohne Befragung des Souveräns möglichst viele Steuern einzuziehen, um den Verwaltungsapparat finanziell sicherzustellen und, nicht zuletzt, um das Volk an die Bundessteuern zu gewöhnen.

Die Befristung der Übergangsordnung

auf ein Jahr stellt somit eine Forderung dar, von der unter gar keinen Umständen abgewichen werden kann. Wenn die Botschaft des Bundesrates glauben machen will, die Übergangsordnung habe auch die Unterdachbringung der Ausführungsgesetzgebung und die Anpassung der kantonalen Finanzgrundlagen an jene des Bundes zeitlich einzubeziehen, dann handelt es sich bei dieser Begründung um eine eindeutige Verkennung der Tatsachen. Bekanntlich benutzen einmal festgesetzte Fristen Regierung und Parlament für die eigenen Beratungen eines einzelnen Geschäftes, so daß in fünf Jahren bestenfalls die verfassungsmäßigen Grundlagen zur Abstimmung bereit wären. Für die Ausführungsgesetzgebung wäre demnach eine neue Verlängerung des Vollmachtenrechtes notwendig.

Aber auch *rechtlich* wäre es nicht sauber, die notwendige Zeit für die Ausführungsgesetzgebung oder gar für die Anpassung der kantonalen Finanzhaushalte an die neue Finanzordnung vollmachtenrechtlich sicherzustellen. Seit jeher hat man dafür notwendige Fristen durch einen *Übergangsartikel der Bundesverfassung* gewährleistet. In einem solchen Artikel wäre die Bedingung enthalten, daß die neue Finanzordnung erst in Kraft treten könne, wenn die notwendigen Gesetze Rechtskraft erlangt hätten. Eine solche, dem Volke zu unterbreitende Übergangsbestimmung, die eine Vorschrift darstellt, wie der Übergang von einer bisherigen zu einer neuen, *bereits beschlossenen* Ordnung zu vollziehen ist, hat selbstverständlich mit der in Diskussion stehenden Übergangsordnung gar nichts gemein.

Die verfassungsrechtlichen Bedenken

richten sich aber auch gegen das vorgeschlagene Instrument der *neuen* Vollmachten. Unseres Erachtens kann eine kurzfristige Verlängerung der heutigen Vollmachten zwar ausnahmsweise gewährt werden, sofern tatsächlich die Gewißheit besteht, daß das Volk innerhalb eines Jahres sein Stimmrecht ausüben kann. Niemals aber dürfen durch nichts begründete *Friedensvollmachten* verlangt werden, denn solche sind nicht nur verfassungswidrig, sondern stellen auch ein gefährliches *Präjudiz* für die Zukunft dar, das die noch verbleibende Rechtssicherheit in der Schweiz vollends illusorisch machen müßte.

Die Friedensvollmachten selbst sollen laut Botschaft des Bundesrates durch das Parlament zuerkannt werden und zwar in Form eines *nicht* dringlichen Bundesbeschlusses, der *dem Referendum entzogen* ist. Bisher konnte man den dringlichen Bundesbeschuß, gegen den selbstverständlich kein Referendum ergriffen werden kann. Nun aber soll ein neues, noch unbekanntes Instrument des Notrechtes, nämlich der nicht dringliche, referendumslose Bundesbeschuß geschaffen werden. Wiederum geht es um ein gefährliches Präjudiz der Zukunft.

Es ist sicherlich richtig, daß, wie die Botschaft erwähnt, im Falle einer *Volksabstimmung* über die Übergangsordnung Bundesrat und Parlament einen negativen Willen des Souveräns nicht achten und dieselbe Materie trotzdem vollmachtenrechtlich in Kraft setzen würden. Ferner sind wir ebenfalls der Auffassung, daß eine

solche Volksabstimmung den Entscheid über die strittigen Fragen, wie Tilgungssteuer und Warenumsatzsteuer vorwegnehmen würde. Doch ist es ein Trugschluß, daraus ein Recht auf *neue* Vollmachten für fünf Jahre abzuleiten. Sollte tatsächlich eine fünfjährige Frist diskutiert werden, dann erachten wir eine *Umgehung der Volksbefragung* als unstatthaft. Eines aber muß dabei klar sein; sollte der Souverän einer fünfjährigen Übergangslösung die Gefolgschaft verweigern, dann dürfte niemals dieser Wille mißachtet werden. Vielmehr müßte der Bundesrat die Einnahmen auf Grund seiner verfassungsmäßigen Kompetenzen beschaffen, das heißt durch *drastische Sparmaßnahmen, eine zweckmäßige Erhöhung der Zölle und durch die Inkraftsetzung des Geldkontingentes*. Schließlich sei noch auf den

Inhalt der vorgeschlagenen Übergangsordnung

hingewiesen. Wenn im Bundeshause endlich eingesehen wird, daß aus politischen und sachlichen Gründen nur eine Verlängerung des *bisherigen* finanziellen Status in Frage kommt, wobei richtigerweise die als einmalig bezeichneten Wehrsteuersonderzuschläge in Wegfall kommen würden, dann ist dieser Gesinnungswchsel erfreulich. Sonderbar mutet aber die Klausel an, die dem Bundesrat die Vollmacht gibt, *allfällige Anpassungen der Steuern* an veränderte Umstände zu gegebener Zeit vorzunehmen, wobei er lediglich von jeglicher *Erhöhung* der Belastung absehen müßte. Angesichts der gegenwärtigen politischen Konstellation müßte damit gerechnet werden, daß nicht die überlasteten mittleren Einkommen, wohl aber die untern von dieser Vollmacht profitieren würden. Nur auf diese Weise könnte nämlich die heutige Opposition gegen die Wehrsteuer, die alle Bevölkerungsschichten erfaßte, gebrochen werden. Daß das Bestreben des Finanzdepartementes in dieser Richtung geht, beweisen die bereits verwirklichten Milderungen bei der Wehrsteuer, wurde doch gleichzeitig mit der Einführung der ungerechten Wehrsteuersonderzuschläge, die eine kaum tragbare Mehrbelastung der mittleren und oberen Einkommen brachten, die steuerfreien Minima der Ledigen um 100 Prozent und diejenigen der Verheirateten um 66 Prozent erhöht. Auch das wäre aber eine gefährliche *Präjudizierung der definitiven Finanzreform*.

Vergessen hat man aber in der Botschaft die Zusicherung, daß während der Zeit der Übergangsordnung der *Ausgabenplafond gesenkt* werde und keine *neuen Aufwendungen unter Anrufung des Vollmachtenrechtes* gestattet seien. Wir erachten es sogar als notwendig, daß während der einjährigen Übergangsperiode mindestens 50 Prozent der vollmachtenrechtlich fundierten Aufwendungen ins ordentliche Recht übergeführt oder abgebaut werden. Wenn Bundesrat und Parlament sich entschließen können, derart vorzugehen, dann scheint uns eine einjährige Verlängerung des Vollmachtenrechtes tragbar zu sein, würde doch die kurze Spanne bis zur garantierten Volksabstimmung zum Nutzen der Gesamtheit der Steuerzahler ausgenutzt werden.

Heinz Schmutz

Militärische Umschau

Der Wiederaufbau der italienischen Armee

Italienische Originalberichte von bestorientierter Seite ergeben folgendes Bild:

Der Italien nach seiner Niederlage auferlegte Friedensvertrag hat seine Streitkräfte stark reduziert. Als Höchstzahlen der im Dienst stehenden Bestände sind für das Landheer 250 000, für Marine und Luftwaffe je 25 000 Mann festgesetzt. In diesen Zahlen ist das Personal aller Dienstzweige inbegriffen. Beim Landheer werden auch die Carabinieri mitgerechnet. Obwohl diese eine richtige militärische Ausbildung genießen, bilden sie doch in erster Linie eine Polizeimacht. Im Falle eines internationalen Konfliktes sind sie daher nicht verfügbar.

In der Frage der Bewaffnung sind die Einschränkungen nicht weniger groß: eine Höchstzahl von 200 Tanks (mittlere und schwere), 200 Aufklärungs- und Kampfflugzeugen und 150 Flugzeugen verschiedener Kategorien für Transporte, Rettungsaktionen und Unterricht. Bombardierungsflugzeuge fehlen vollständig. Bei der Marine eine Höchstzahl von 2 Linienschiffen, 5 Kreuzern, 4 Zerstörern, 16 Torpedobooten und 19 Korvetten; ferner eine Anzahl Schiffe von untergeordneter Bedeutung. Der übrige Teil der Flotte hätte den Alliierten ausgeliefert werden müssen. Aber einzig Rußland hat auf seinen Teil Anspruch erhoben. Die Vereinigten Staaten und England haben ganz, Frankreich wenigstens teilweise auf diese Demütigung verzichtet. So kann sich Italien damit begnügen, die Schiffe, die es hätte ausliefern müssen, abzutakeln und das Material auszunützen.

Auf dieser ziemlich eingeschränkten Basis ist eine erste Reorganisation der italienischen Armee erfolgt. Die italienische Regierung hat hiebei alles getan, was ihr möglich war, d. h. im Grunde genommen sehr wenig. Die Stärke des Heeres entspricht ungefähr der zugebilligten Zahl, d. h. 188 000 Mann Landarmee und ungefähr 62 000 Carabinieri, beinahe 50 000 Mann für Marine und Luftwaffe. Waffen und Ausrüstung sind von englisch-amerikanischer Herkunft.

Fällt man ein allgemeines Urteil, so kann in Anbetracht der gegenwärtigen Lage nur gesagt werden, daß das eigentliche Problem der Reorganisation noch der Lösung harrt und im Kriegsfall die italienischen Streitkräfte gegenwärtig zeitlich und örtlich nur eine sehr bescheidene Rolle spielen könnten. Das Problem ist selbstverständlich mit dem Gesamtproblem der Wiederaufrüstung Europas verknüpft und wird nur dank der Intervention und den Interessen der Hauptmächte des Atlantikpaktes, in erster Linie der Vereinigten Staaten, gelöst werden können.

Der Friedensvertrag verbietet Italien die Benützung deutschen Kriegsmaterials, das die Siegermächte als Kriegsbeute mit Beschlag belegt hatten. Auch im gegenteiligen Fall wäre es aus technischen Gründen nicht ratsam gewesen, abgenütztes Material zu verwenden, das nicht mehr in guten Zustand hätte gebracht werden können. Das gleiche gilt in noch höherem Maße für das der Vernichtung entronnene italienische Kriegsmaterial, denn dessen technische Qualität entsprach noch in mancher Beziehung derjenigen des ersten Weltkrieges. Es war infolgedessen in keiner Weise mehr verwendbar. Die Tatsache, daß die heutigen italienischen Streitkräfte ausschließlich mit englisch-amerikanischem Material ausgerüstet sind, ist vorteilhaft. Das Material ist modern und kriegstüchtig. Dank diesem Umstand konnte man Training und Denkweise der Truppe in einem bis jetzt nicht bekannten Ausmaß den Anforderungen eines modernen Krieges anpassen. Auf dem Gebiet der persönlichen Ausrüstung und der leichten Waffen verfügen die wenigen italienischen Divisionen über die Kampfkraft einer normalen anglo-amerikanischen Division des Jahres 1945. Hinsichtlich der schweren Waffen ist dagegen Italien noch weit von diesem Standard entfernt; es fehlt auch ein wirksamer taktischer Fliegerschutz.

In der Materialfrage kommt es im übrigen nicht nur auf die vorhandenen Bestände an, die Frage der Produktion ist ebenso wichtig. Gegenwärtig wird in Italien kein Kriegsmaterial hergestellt; das vorhandene nützt sich allmählich ab und zwar um so rascher, je stärker es für Ausbildungszwecke benötigt wird. In kurzer Zeit wird es nicht mehr kriegstüchtig sein. Im Programm der Wiederaufrüstung Westeuropas muß daher entschieden werden, ob das in Zukunft benötigte Kriegsmaterial wenigstens zum Teil in Italien hergestellt, oder ob es ausschließlich von anderen Mächten des Atlantikpaktes geliefert werden soll. Nach italienischer Auffassung sollte der eine oder andere Entscheid baldmöglichst getroffen werden. Das Programm muß auch einen Entscheid über die Truppenstärke umfassen, die heute selbst für lokale Operationen ungenügend ist. Aber dies ist eine Frage für sich, die von der internationalen Politik abhängt. Italien beruft sich darauf, die Bestimmungen des Friedensvertrages getreulich eingehalten zu haben, während die Satellitenstaaten höhere Bestände unter den Waffen halten sollen, als in den entsprechenden Friedensverträgen vorgesehen ist.

Zur Zeit ist auch noch eine andere Reform im Gange. Die veraltete Kriegsschule ist durch besondere Generalstabskurse ersetzt worden. Auch hier drängte sich die Notwendigkeit einer Modernisierung auf. Im Jahre 1940 hat der italienische Generalstab, an der Spitze der «acht Millionen Bajonette» Mussolinis, mit einer nicht über das Jahr 1918 hinausgehenden Konzeption zu den Waffen gegriffen. Heute muß sich aber die italienische Armee nicht nur in der Frage der Mittel und der Ausbildung anpassen, es müssen eine ganze Anzahl strategischer Fragen revidiert werden. Bis heute basierte die strategische Orientierung des Generalstabes auf einer streng national-geographischen Grundlage. Gemäß den veralteten Lehrsätzen des ersten Weltkrieges war man auf eine Verteidigung der Grenzen bedacht, befolgte also die Orientierung einer autonomen Armee, die sich auf genau festgelegte operative Ziele und einen strategisch genau umschriebenen Abschnitt beschränkt. Auch hier wird Mussolini eine unverzeihliche Leichtfertigkeit vorgeworfen, weil er geglaubt hatte, moderne Armeen in Afrika und in Rußland mit einer Armee bekämpfen zu können, die noch ganz auf die Verteidigung der Piave eingestellt war. So erklärt man die erschreckenden Niederlagen Grazianis in der lybischen Wüste und die Notwendigkeit, auch hier deutsche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Nur so ist es auch zu erklären, daß auf dem russischen Kriegsschauplatz, während der andauernden Schneeschmelze, motorisierte Fahrzeuge mit Vollgummireifen Verwendung fanden.

In den Generalstabskursen wird die Ansicht vertreten, daß heutzutage eine Armee nicht nur auf der Basis einer nationalen Defensivstrategie aufgebaut werden dürfe. (Einer unserer Berichterstatter nennt als einzige Ausnahme die Schweiz, «sofern Gott und die Berge fortfahren, sie zu schützen».) Ein Krieg zwischen zwei Staaten und in einem beschränkten Abschnitt sei heute kaum mehr denkbar. Ein Zukunftskrieg werde höchstwahrscheinlich ein Weltkrieg sein, d. h. ein Krieg zwischen zwei Gruppen von Nationen, deren Armeen, weit davon entfernt, autonom zu sein, eher als «Armeekorps» der Armee eines Weltteils anzusprechen wären, die in den verschiedensten Gegenden sollten operieren können, also ebenso gut am Rhein wie in den Alpen, in Palästina, in den Steppen oder in Polargegenden. Diese Variation von Operationsmöglichkeiten kommt selbstverständlich für Armeen zweiten Ranges nicht in Frage. Bei den heutigen Anforderungen ist aber immerhin der enge Horizont früherer nationaler Armeen nicht mehr anwendbar.

Auch wenn die italienische Armee aus materiellen und politischen Gründen den neuen Anforderungen noch nicht angepaßt werden konnte, hat sie doch tiefgehende psychologische und moralische Wandlungen durchgemacht. Jedem unparteiischen Beobachter, der die Armee Mussolinis und die weniger blendende, aber solide Armee des ersten Weltkrieges gekannt hat, müssen die eingetretenen Wand-

lungen auffallen. Die in den Garnisonen herrschende Atmosphäre, die Disziplin und die Mentalität der Truppen sind von Grund auf erneuert worden.

Bisher hatte die Armee immer enge, dynastische, typische Züge des 19. Jahrhunderts aufgewiesen. Ohne großen Erfolg hatte Mussolini versucht, ihr ideologische Merkmale einzimpfen. So war die Disziplin, soweit sie vorhanden war, starr; sie wurde von den Beteiligten hauptsächlich in ihren äußereren Formen angenommen und als eine Pflicht betrachtet, deren tiefere Begründung nicht gut verstanden wurde. Die moralische Atmosphäre war literarisch orientiert und stark von D'Annunzio beeinflußt. Die Armee schien ein Gebilde zu sein, in dem man heldenhaft leben oder zum mindesten den Anschein erwecken mußte, ein Held zu sein, zu allen Tageszeiten und aus zu allgemein gehaltenen Gründen, um verstanden zu werden (der Vaterlandsgedanke, das Königtum, der Eid). In der Truppenmentalität versteckte sich hinter starrem Formalismus das Gefühl einer düsteren und zwingenden Pflicht. Sie wurde wie eine bittere Notwendigkeit, fast wie eine Ungerechtigkeit empfunden. Der calabresische Hirte oder der apulische Bauer, von großer Anhänglichkeit gegenüber seiner Familie und seinem weltverlorenen Häuschen erfüllt, begab sich zu den großen Rekrutierungszentren Mussolinis wie in ein unbekanntes Schicksal, das eine hohe, weit entfernte Autorität auferlegte, eine Autorität, der man sich unterziehen mußte, ohne mit der Wimper zu zucken. Während des zweiten Weltkrieges konnte man bisweilen bei der Truppe eine passive Resistenz und eine völlig negativ eingestellte Moral beobachten.

Die heute in der Armee herrschende Atmosphäre ist durch die Erfahrungen mit den Besatzungstruppen, insbesondere den Amerikanern und sodann durch das republikanische System stark beeinflußt worden. Die Anwesenheit der Amerikaner vermittelte der großen Masse der italienischen Bevölkerung völlig neue Erfahrungen: Soldaten, die trinken, vergnügt und überschäumend sind und am folgenden Tag in bester Disziplin wirkungsvolle technische Mittel handhaben und für willig anerkannte Aufgaben eintreten, Aufgaben, die mit ihren persönlichen Idealen übereinstimmen. Dies alles entspricht der Auffassung Bürger — Soldat, «eine Auffassung, die bis jetzt nur Frankreich und die Schweiz in reinster Weise verkörpert hatten».

Wenn man sich bei den Truppen der neuen und zahlenmäßig kleinen italienischen Armee umsieht, sind die geschilderten Wandlungen sofort festzustellen. Diese bemerkenswerte Tatsache versetzt die italienische Armee in die günstige Lage, sich im Kriegsfall ohne Schwierigkeiten mit anderen nationalen und modernen Armeen in einer Weltorganisation zu verbinden.

Miles